

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. (bei 1000, bei 10000 1,80 RM. zuzüglich Postgebühren). Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter und Postfachstellen, nehmen zu abonnieren. Im Falle höherer Vertriebsdrücken behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu unterbrechen. Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Abbestellung: Die 8. und 9. Spalten der 20. und 21. Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. (bei 1000, bei 10000 1,80 RM. zuzüglich Postgebühren). Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter und Postfachstellen, nehmen zu abonnieren. Im Falle höherer Vertriebsdrücken behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu unterbrechen. Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 277 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 26. November 1932

Krisen im Kreise.

Wings um die deutsche Gleichberechtigung — Streik in Hindenburg und Hitler — Letzter Lösungsversuch.

„Mitten im Strome die Pferde zu wechseln“ und sich nach einem neuen Gespann für den Staatswagen umzuwenden ist immer bedenklich. Besonders aber dann, wenn mit diesem Wagen nicht — allzuviel Staat zu machen ist. Und noch weniger mit den auf ihm sitzenden Parteien der Staatsbürger, die ja durch den Strom ans rettende Ufer hinübergebracht werden sollen. Wir Deutsche haben uns diesen bedenklichen „Wagen“ des Pferdewechsels schon des öfteren geleistet, und zwar in der Regel dann, wenn der Strom politischen Lebens besonders reichend dahin- und gefährliche Trümmern und Balken mit sich führte.

Seit drei Monaten gingen rund um Deutschland herum die Verhandlungen über unsere Forderung nach grundsätzlicher Gleichberechtigung und Sicherheit; herausgekommen sind dabei zwei Abrüstungs- und Sicherheitspläne, die zwar den anderen Sicherheit verschaffen sollen, uns aber nicht, die die anderen vor einer entschiedenen Abrüstung bewahren sollen, uns aber unsere Sicherheit gewährleistende Abrüstung versagen wollen. Außerdem kam noch eine Entschlebung heraus: Deutschland solle doch wieder an der Abrüstungskonferenz teilnehmen, deren „vorbereitender“ Ausschuss in den nächsten Wochen wieder zusammentritt, nachdem das jetzt tagende Büro dieses Ausschusses am Ende seines Vortrags angelangt ist. Man kam in Genf also zu der Ansicht, daß eine Konferenz der fünf Großmächte — einschließlich Amerikas — vorzubereiten sei, um die kommende Arbeit jenes Ausschusses vorzubereiten. In diesem Zweck müßte man sich aber auf der Konferenz nun wirklich einmal einigen. Und um dafür gewisse Aussichten zu schaffen, muß man aber durch Sonderverhandlungen zwischen den in Genf weilenden Staatsmännern der Großmächte um diese Konferenz erst wieder gründlich vorbereiten! Deutschland ist grundsätzlich bereit, an ihr teilzunehmen, genau so wie vor zwei Monaten an der für London geplanten, dann nach Lausanne „verschoben“ und schließlich gar nicht zustande gekommenen Konferenz. Um aber dieses wechselvolle Spiel nicht noch einmal mitmachen zu müssen, verlangte der Reichsaussenminister von Neurath gewisse Garantien dafür, daß auf jener geplanten Konferenz der fünf Großmächte die Frage der deutschen Gleichberechtigung grundsätzlich auf beherrschendem Boden gestellt wird.

Während also für Deutschland unmittelbar schädigende Wirkungen außenpolitischer Art durch den Wechsel der Pferde mitten im Strome“ für die außenpolitischen Interessen Deutschlands kaum entstehen dürften, sieht es auf innenpolitischem Gebiete ganz anders aus. Die ersten acht Tage der Krise fanden völlig unter dem Eindruck der Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler. Diese Verhandlungen endeten mit einem Bruch zwischen beiden.

Von Beginn dieser Verhandlungen an bis zu ihrem Schluß hat Hitler unbedingt auf das Ziel hingestrebt, Reichskanzler zu werden, und zwar als Führer der stärksten Fraktion in der Volksovertretung. Nach Ansicht des Reichspräsidenten hat Hitler zuerst geglaubt, dieses Ziel erreichen zu können durch Bildung einer Regierung, die eine Reichstagsmehrheit besitzen würde. Jetzt wissen aber, ob dies letztere der Fall sein würde, war ein und zwei des ihm gewordenen Auftrages. Ebenso ausdrücklich wurde vom Reichspräsidenten erklärt, daß seine bekannten „Vorbehalte“ einerseits eine Selbstverständlichkeit für den Präsidenten des Deutschen Reiches als solchen sein müßten, sie andererseits für eine Mehrheitsbildung kein Hindernis bedeuten würden, da sich alle Parteiführer Hindenburg gegenüber mit ihnen einverstanden erklärt hätten. Offiziell ist es aber nun zu einer dahingehenden Probe auf Exempel insofern nicht gekommen, als offizielle Verhandlungen zwischen Hitler und den anderen Parteiführern nicht stattgefunden haben, er also den Versuch zu einer parlamentarischen Mehrheitsbildung gar nicht gemacht habe. Sehr bald ließ hingegen der Führer der Nationalsozialisten durchblicken, daß die Bildung eines Kabinetts mit parlamentarischer Mehrheit ihm überhaupt nicht wünschenswert erscheine und eine „innere Unmöglichkeit“ sein müsse, wenn gleichzeitig die Vorbehalte des Reichspräsidenten eine unbedingte Geltung haben sollten.

Den zweiten Teil des Weges vom Auftrag bis zum Bruch stellt Hitler, auch jetzt wieder mit dem unbedingten Ziel der Kanzlerschaft im Auge, unter den Vorschlag eines Präsidialkabinetts unter seiner Führung, das sich einerseits natürlich auf das unbedingte, mittels des Artikels 48 zu bewirkende Vertrauen des Reichspräsidenten stützen sollte, andererseits zwar über eine große Anhängerschaft im Reichstag verfügen würde, ohne allerdings dort aber eine Mehrheit zu erreichen. Hitler wollte damit den Gedanken der „nationalen Konzentration“ verwirklichen, die sich unter seiner Führung auf alle aufbauwilligen Kräfte innerhalb und außerhalb des Parlaments stützen sollte. Dabei hätte natürlich die nationalsozialistische Bewegung den Kern abgeben sollen, und hieraus

Die Entscheidung abermals vertagt.

Kaas verhandelt mit den Rechtsparteien.

Die politischen Verhandlungen des Freitags zur Behebung der Regierungskrise konzentrierten sich namentlich auf die Besprechungen, die der Führer der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, mit den verschiedenen Parteiführern hatte. Als erster erschien der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, bei Dr. Kaas. Sodann hatte Dr. Kaas eine eingehende Aussprache mit dem Parteiführer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, in der der Standpunkt der Deutschnationalen in der Frage des Dualismus Reich-Preußen und des Parlamentarismus zum Ausdruck kam.

In den Mittagsstunden hatte Kaas eine Besprechung mit dem Führer der Nationalsozialisten, Hitler, im Gebäude der Reichskanzlei. Die Besprechung dauerte etwa zwei Stunden. In politischen Kreisen wird die Aussprache zwischen Kaas und Hitler lebhaft kommentiert. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß durch sie noch neue Verhandlungen über eine Mehrheitsbildung, die Hitler für sich abgelehnt hatte, wieder in Gang gebracht werden.

Prälat Dr. Kaas suchte am Freitagabend den Reichspräsidenten wieder auf, um ihm über seine Besprechungen Bericht zu erstatten. Man rechnet allgemein damit, daß spätestens am Sonnabend die Entscheidung darüber fallen wird, wer vom Reichspräsidenten an die Spitze der neuen Regierung gestellt werden wird.

Auch die Bemühungen Dr. Kaas erfolglos.

Amlich wird gemeldet:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Freitagnachmittag um 5 Uhr den Führer des Zentrums, den Prälaten Kaas, der ihm über seine Besprechungen mit den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Rot- und Arbeitsmehrheit berichtete. Prälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie ebenso wie das Zentrum sich an Beratungen über ein sachliches Rot- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung beteiligen würden. Diese Frage ist von dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei hat die Beteiligung an solchen Beratungen als im Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend nicht zugefagt. Der Vorsitzende der NSDAP. erklärte, an sich entsprechende Feststellung der sachlichen Grundlage für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seiner Auffassung. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und auf Grund der Überzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis dieser Beratungen fehlens einflussreicher Stellen keine Folge gegeben würde, hatte er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Prälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Rüstungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Prälaten für seine Bemühungen. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident nun von jedem weiteren Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung absieht, und spätestens am Sonnabend einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung einer Präsidialregierung beauftragen wird.

letzte Hitler ja auch den Anspruch auf die Kanzlerschaft ab. In diesem Punkt stehen nun aber die Ansichten und Absichten des Reichspräsidenten auf der einen, Hitlers als des Führers der Nationalsozialisten auf der anderen Seite schon in einem frühen Stadium der Verhandlungen aufeinander, und dieser Gegensatz steigerte sich schließlich bis zum endgültigen Bruch. Denn Hindenburg hatte bereits als die ersten Andeutungen Hitlers hin erklärt, daß er notfalls den Gedanken des Präsidialkabinetts wieder klar in Erscheinung und Wirklichkeit treten lassen würde, daß aber in dem Wesen eines Präsidialkabinetts die Außer- und Überparteilichkeit dessen läge, der an der Spitze eines solchen Kabinetts stehe. Daher läme Hitler als der Führer der nationalsozialistischen Partei nicht dafür in Frage. Trotz dieser klaren Stellungnahme hat Hitler an seiner Ansicht bis zu dem Augenblick festgehalten, als er nun dem Reichspräsidenten die Antwort auf seine Beauftragung gegeben hat. Das „Nein“ Hindenburgs machte dann bedingungslos diesem Teil der innenpolitischen Krise ein Ende.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Zu dem amtlichen Bericht über das Verhandlungsergebnis von Dr. Kaas.

Zu dem amtlichen Bericht über das Ergebnis der mit den Parteiführern geführten Besprechungen an den Reichspräsidenten erstattet hat, wird von seiten der Deutschnationalen Volkspartei folgendes mitgeteilt:

Über die Besprechung zwischen dem Prälaten Kaas und Dr. Hugenberg ist bereits eine Pressenmitteilung erschienen, die den Verlauf der Besprechungen, soweit die Äußerungen von Dr. Hugenberg in Frage kommen, zureichend wiedergibt. Soweit belanntgegeben, handelt es sich bei dem Auftrag des Prälaten Kaas um die Frage der „Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag“. In der Unterredung mit Dr. Hugenberg war von seiten des Prälaten Kaas weder von der „Bildung einer Rot- und Arbeitsgemeinschaft“ des Reichstages noch von einem „Rot- und Arbeitsprogramm“ die Rede, sondern nur von einem sachlichen Programm für eine parlamentarische Mehrheitsregierung. Das wäre die Wiederholung der Vorgänge von 1927 gewesen, als unter Zentrumsführung die bekannten Richtlinien aufgestellt wurden, die damals die nationale Rechte lagm legten. Das Spiel, das aussehend in der Berichtserstattung des Prälaten Kaas liegt, erweckt den Eindruck, als sollte den Deutschnationalen für das Scheitern der Verhandlungen eine Mitschuld zugeschoben werden. Die Haltung der Deutschnationalen in der ganzen Krisenwoche zeigt klar das Ziel, in Übereinstimmung mit dem Willen des Reichspräsidenten eine starke Staatsführung auf der Grundlage einer wirklichen Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte zu ermöglichen.

Um das neue Präsidialkabinet.

In Kreisen der Parteien in Berlin hatte man den Eindruck, daß nach dem Scheitern der Versuche über die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung ernsthaft eine Präsidialregierung in Erwägung stehe, die eine

erheblich andere Zusammensetzung aufweise als die bisherige Regierung. Bei den Verhandlungen, die Prälat Kaas persönlich mit Adolf Hitler am Freitagnachmittag geführt hat, waren lediglich Reichstagspräsident Göring und der nationalsozialistische Abgeordnete Fricke zugegen. Aus Zentrumskreisen verlautet, daß man

bei den Nationalsozialisten durch den Verlauf der Verhandlungen der letzten Tage so verärgert und misstrauisch geworden sei, daß eine irgendwie geartete praktische Zusammenarbeit nicht möglich schien. Im übrigen hat der Vorsitzende der Zentrumspartei Verhandlungen mit der SPD nicht geführt, weil sein Auftrag allein den Versuch einer Mehrheitsbildung betraf, und die SPD bereits zu erkennen gegeben hatte, daß sie sich an einer Mehrheitsbildung nicht zu beteiligen gedenke.

Die Presse zur neuen Lage.

Berlin, 26. November. Die Berliner Blätter nehmen zu der neuen Lage wieder ausführlich Stellung. Die „Germania“ hebt hervor, die Besprechungen des Zentrumsführers hätten gezeigt, daß auch außerhalb der Deutschnationalen Volkspartei eine Mehrheitsbildung durchaus im Bereich des Möglichen gelegen habe, wenn der Versuch einer parlamentarischen Lösung von Anfang an zielbewusst gemacht und nicht durch die Taktik der letzten Tage verbaut worden wäre. Das Blatt hofft, daß der Reichspräsident neuen Männern die Chance geben werde, das vorhandene Mißtrauen zu mindern und um neues Vertrauen zu werden. Ein Zurück zu dem früheren Kabinetts dürfte es auf keinen Fall geben. — Die „Tägliche Rundschau“ stellt fest, daß es heute nur noch darum geht, die Person des kommenden Kanzlers gebe. Werde diese Persönlichkeit so gewählt, daß sie mehr Vertrauen im Volke finde, und werde in den nächsten Monaten sozialer regiert, dann ließe sich denken, daß auch die heutige ablehnende Haltung der NSDAP. sich mildern könnte. Werde der bisherige Kurs fortgesetzt, so gingen wir einer gefährlichen Entwicklung entgegen. — Der „Vollanzeiger“ nennt noch folgende Namen, die in politischen Kreisen im Zusammenhang mit einer Neubesetzung des Kanzlerpostens im Präsidialkabinet genannt werden: Reichswehrminister v. Schleicher, Staatssekretär Dr. Meißner, Dr. Goerdeler und Außenminister v. Neurath. — Die „D.A.Z.“ nennt außerdem noch Dr. Coss, Dr. Gekler und Dr. Bracht. — Die „Vorfenzzeitung“ stellt demgegenüber fest, daß alles Kombinationen seien, und daß bei der Kabinettsumbildung, die auf alle Fälle erforderlich werde, selbst wenn Herr von Papen betraut